

Bezugspreis
Die Halle monatlich bei gewöhnlicher
Abrechnung 1.20 Mk. einschließlich
3.00 Mk. Porto bei Post 3.25 Mk.
auschl. Postgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unerlangte eingehende Manuskripte
wird keine Gewähr übernommen.
Nachdruck nur mit Genehmigung der
„Saale-Zeitung“ gestattet.
Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140
der Verlagsverwaltung Nr. 1761
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133
Postfachkonto Leipzig 4602.

Abend-Ausgabe.

Saale-Beitung.

Fünftägiger Jahrgang.

Anzeigen
werden in 5 Spalten unter
den Nummern 1 bis 30 Sp. an-
gezeigt und in anderer Anordnung
und allen Anzeigen-Beilagen an-
genommen. Gebühren der Zeile 1 Mk.
Sollte bei Anzeigen-Annahme vom
11 Uhr, in der Sonntagsnummer
etwa 5 Uhr. - Abbestellungen von
Anzeigenstrichen, soweit diese zulässig
sind, müssen schriftlich erfolgen.
Erhalten täglich zweimal
Sonntags am Montag gratis.
Schriftleitung und Druck-Verlag:
Halle, Post- u. Eisenbahnstraße 11.
Verlagsdirektor: Max 24.

Nr. 20.

Halle, Donnerstag, den 13. Januar

1916.

Die Thronrede.

Neue Gestaltung der Grundlagen für die Volksvertretung.

WTB. Berlin, 13. Januar. Der Landtag wurde heute
mittag 12 Uhr vom Ministerpräsidenten v. Bethmann Holl-
weg mit folgender Thronrede eröffnet:

Gelächte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern
des Landtages! Seine Majestät der Kaiser und König haben
mich zu beauftragen geruht, den Landtag der Monarchie zu
eröffnen und in seinem Namen willkommen zu heißen.
Während Sie sich hier zur Arbeit versammeln, geht draußen
auf den weiten Schlachtfeldern das blutige Ringen fort.
Wie unsere Feinde uns den Krieg aufgezungen haben, so
tragen sie die Schuld und Verantwortung, daß sich die Völker
Europas weiter zerfleischen. Vor eine eiserne Probe stellt
die Vorsehung unser Volk. Großes wird gefordert. Großes
aber auch geliebt. Die Pläne unserer Feinde,
uns durch Ausschneidung von der überseeischen Welt müde zu
machen, sind gescheitert. Uns eigene Kraft haben
die Wandertüftler in die Ernährung der Bevölkerung,
aus eigener Kraft schaffen Industrie und Handwerk, weisen wir
zu unserer Verteidigung bedürfen, halten die arbeitenden
Hände der Willkür, die dasheim willkommen, unser wirtschaft-
liches Leben aufrecht, ruf Krieg und Kriegsgeld. Und über
dem allen stehen die Taten unseres Volkes in Waffen, un-
ausprechlich in Größe und Selbentum. In hartem Kampf
hat Deutschland, unerstickt von treuen Verbündeten, einen
Welt von Feinden handgehalten und seine Fahnen weit in
Feindesland hineingetragen. Der alte preussische Soldaten-
geist, auf den wir stolz sind und stolz bleiben, hat in edlem
Mut und dem heutigen Bundeskrieger seinen unzer-
störlichen Lebenskraft bewiesen und neuen unsterblichen
Ruhm dem Selbentum der Väter und Völkern hinzugefügt.
Mit unserem König und Kaiser gehen wir voll Gottver-
trauen und Siegesvertrauen auf der Zukunft entgegen. Ein
einiger und heiliger Gebante erfüllt uns, bis in die letzten
Tiefen der Volkskraft alles herzugeben für das Leben und
die Sicherheit der Nation.

Als Gruß an den Landtag hat Seine Majestät der Kaiser
und König nur Worte heißen Dankes an die Kämpfer
draußen und dasheim.

Ihre besorglichen Arbeiten, meine Herren, werden
vor allem den Notwendigkeiten des Krieges schreien.

Der allgemeine wirtschaftliche Druck des Krieges hat
zwar die gesunde Kraft der preussischen Finanzen nicht er-
schüttert können, doch erfordert Ihre Ehaltung eine
Stärkung der Einnahmen. Es wird Ihnen da-
her eine Vorlage zugehen, die eine Erhöhung der Zölle
zur Einkommen- und Ergänzungsteuer vorschlägt.

Für die Wiederaufrichtung Diktirens
werden weitere finanzielle Mittel verwendet werden. Die
nach den notwendigen Einnahmen des Bundes durch die
wichtigen Schlüsse des Diktirens bester Provision erwacht
unter der tatkräftigen Arbeit aller dazu berufenen Männer
zu neuem Leben. Weit über die Grenzen der Monarchie, ja
über die Grenzen Deutschlands hinaus sind Helfer und
Spender erschienen. Ihnen allen jagt der König Dank in
der frohen Erwartung, daß es in sich ferner Zeit gelingen
werde, die schöne Diktirens der Monarchie in alter Blüte
wiederherzustellen.

Die besondere Fürsorge für unsere im Kriege
jagenden und bewährte Staatsdienerschaften
verwaltung wird auch jetzt nicht ruhen dürfen. Zum wei-
teren Ausbau des Eisenbahnnetzes sowie zur Beschaffung von
Fahrzeugen werden deshalb wiederum erhebliche Mittel an-
gefordert.

Meine Herren, Se. Majestät der Kaiser und König weiß,
daß Ihr Wirken und Schaffen wie bisher so auch in dem
neuen Abschnitt der parlamentarischen Arbeiten von dem
Geist der Opferwilligkeit und Enschlossenheit getragen sein
wird, von dem tapferen Geist, der allein unserem Volke die
Kraft gibt, diesen gewaltigen Krieg siegreich zu bestehen. In
den ungetrübten Erleben dieses Krieges wird ein neues Ge-
schicht groß. Die ganze waffenfähige Mannschaft, geeint durch
kameradschaftliche Treue bis in den Tod, steht Staat und
Volk. Der Geist gegenseitigen Vertrauens und
Beruhigung wird auch im Frieden fortwirken in der
gemeinsamen Arbeit des ganzen Volkes am Staat. Er
wird unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und
lebendigen Ausdruck finden in unserer Bewusstheit, unserer
Erfahrung und in der Gestaltung der Grundlagen für die
Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.
Die geschlagenen Wunden heilen und neues Leben hervor-
zuwachen lassen aus den gewaltigen Taten und Opfern unseres
Volkes wird unser aller größte Aufgabe sein, sobald der Frieden
siegreich errittet ist.

In Stürmen ist der preussische Staat groß geworden, im
Sturm steht er auch heute unerschütterlich da. Was Feind-
schaft als Zwang ausübt, ist Freiheit auf Ordnung gebracht.
Das Band, das die Preußen an ihren König bindet, haben
diese Zeiten des Kampfes und Sieges, wenn es möglich war,
nur noch fester geschnitten. Gott schütze Preußen auch in Zu-
kunft und bewahre es als starken Träger des Reiches. Da-

Amthlicher Bericht der Seeresleitung.

Neue französische Angriffe glatt abgewiesen.

Vier englische Flugzeuge heruntergeschossen.
WTB. Großes Hauptquartier, 13. Januar.
Westlicher Kriegsschauplatz.

Nordöstlich von Armentières wurde der Vorstoß
einer härteren englischen Abteilung zurückgeschlagen.
In den frühen Morgenstunden wiederholten heute die
Franzosen in der Champagne den Angriff nordöstlich von
Le Mesnil. Sie wurden glatt abgewiesen. Ebenso
scheiterte ein Angriffsvorstoß gegen einen Teil der von uns
am 9. Januar bei dem Gehöfte Maisons de Champagne ge-
nommenen Gräben.

Die Deutschen Boote und Immelmann schossen
nordöstlich von Tourcoing und bei Kapuas. Je ein eng-
lisches Flugzeug ab. Den unerschrockenen Offizieren
wurde in Anerkennung ihrer außerordentlichen Leistungen
durch Se. Majestät der Kaiser den Orden Pour le mérite ver-
liehen. Ein drittes englisches Flugzeug wurde
im Luftkampf bei Roubaix, ein viertes durch unser Ab-
wehrfeuer bei Wign (nordwestlich von Lille) herunter-
geschossen. Von den acht englischen Fliegeroffizieren sind sechs
tot, zwei verundet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Erfolgreiche Gefechte deutscher Patrouillen und Strei-
tkommandos an verschiedenen Stellen der Front.
Bei Nowosjolka (südlich des Dniestros und der
Dnepr) wurden die Russen aus einem vorgeschobenen
Graben vertrieben.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist unverändert.

Dberste Seeresleitung.

rauf bauen wir und führen unseren guten Kampf zum guten
Ende.

Auf Befehl Se. Majestät des Kaisers und Königs er-
kläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Die Rede des Finanzministers Lenge befindet sich auf
Seite 2 des Hauptblattes.

Die Thronrede wird den hochgeachteten Er-
wartungen der letzten Tage, die die Einbringung der
Wahlrechtsvorlage nach in dieser Tagung hinbeuten, in
weiten Kreisen enttäuschen, da sie die auf einen „Geist
gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens“
aufgebaute „Gestaltung der Grundlagen für die
Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden
Körperschaften“ bis zum Frieden hinauschiebt.

Wir müssen jedoch offen stehen, daß — trotz der schwer-
wiegenden Gründe, die gegen einen Aufschub der Wahlrechts-
änderung sprachen und um derentwillen wir die Sinaus-
schiebung einer der wichtigsten Forderungen des Tages be-
dauern — wir diesen Erwartungen etwas skeptisch gegen-
überstehen, da wir die Widerstände einzufügen vermögen,
die der zweifelslos guten Absicht der Regie-
rung entgegenstehen.

Wenn jedoch die Thronrede die Hoffnung der Optimisten
auch nicht erfüllt hat, so hat sie doch ein fagbares Er-
gebnis gehabt. Sie hindert die Regierung
härter als das Wahlrechtsversprechen von 1908, das eine
organische Weiterentwicklung und entsprechend den
veränderten Zeit- und Verhältnissen verdrängt,
an eine fortschrittliche Gestaltung des
Wahlrechtes in unserem Sinn. Wenn der Geist des
gegenseitigen Vertrauens und Vertrauens, wie er sich in der
kameradschaftlichen Treue im Felde zeigt, lebendigen Aus-
druck finden soll, dann können als Grundlagen der Vertretung
des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften nur
Richtlinien Geltung haben, die ebenso auf das allgemeine,
gleich und ebenso auf das direkte und geheime Wahlrecht
hinzielen, da anderen Falles weder der Kameradschaftlichkeit
noch dem Geiste des Vertrauens Rechnung getragen wäre.

Wir müssen also erwarten, daß die Regierung das Ver-
sprechen der Thronrede spätestens nach Beendigung des
Krieges durch die Einbringung und ernsthafte Durchschiebung
eines freihheitlichen Wahlrechtes einlöst. Ob Herr v. Loebell
nach seiner Rede vom 18. Mai 1914 (Abgeordnetenhaus) der
Wann ist, eine solche Vorlage vorzubereiten und zu vertreten,
wollen wir heute nicht erörtern. Der Geist, der im übrigen
aus der Thronrede spricht, bürgt wohl dafür, daß man ehlich
betreut sein wird, das Versprechen ohne Rücksicht auf etwaige
Personenfragen zu halten.

Außer in dem Wahlrechtsversprechen sind in der Thron-
rede gesetzgeberische Aufgaben einer späteren Zukunft nicht
erwähnt und auch die Aufgaben der Gegenwart nur
kurz gestreift, ohne Neus darin zu sagen; ihr Schwergewicht
wird dadurch auf die verprophete Veränderung der Grund-

lagen der Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden
Körperschaften und auf den Einigungs- und Schlußpunkt ge-
legt, das von unerschütterlichem Vertrauen auf dem Geiste und
die Kräfte unseres Volkes erfüllt ist. Des Vertrauens der
Krone und der Regierung zum Volke wird nicht enttäuscht
werden; und in gleichem Maße, wie die Regierung dem
Volke, wird auch das Volk der Regierung Vertrauen ent-
gegenbringen, damit der gute Kampf zu gutem Ende ge-
führt wird. D.

Saloniki ein zweites Ypern?

c. B. Sofia, 13. Januar. Hierber übermittelte London.
Nachrichten, wonach der Kriegsrat der Biederbündelmächte
darüber berate, ob nicht das ganze englisch-französische
Saloniki-Unternehmen aufgegeben werden solle, stimmen
in seiner Weise mit den Mitteilungen überein, die auf im-
direktem Wege aus Saloniki eintreffen. Einer der gewöhn-
männer, der Saloniki vor vier Tagen verließ, berichtet von
der griechischen Grenze, daß die Landungen in den letzten
Tagen sehr erheblich gesunken sind. In Saloniki werden
die Landungen beschleunigt und in Drama werden auf
jeden Landungstagen nicht nur Truppen, sondern vor allem
Munition und Lebensmittel gelandet. Seitdem die Eng-
länder und Franzosen ihre erste Verteidigungslinie sehr weit
geschoben und ihre zweite Verteidigungslinie vollkommen
ausgebaut haben, scheint auch ihre Stimmung etwas zuver-
lässlicher geworden zu sein. Wenigstens äußern sie die Hoff-
nung, Saloniki für ihre Gegner zu einem zweiten Ypern zu
machen. Es scheint, daß die Engländer und Franzosen der
Hauptangriff von Westen her erwarten. Von Offensiv-
plänen der Entente-Truppen ist allerdings auch
jetzt wenig zu merken. Sie scheinen vorläufig sich
damit begnügen zu wollen, einen Vorstoß gegen Salo-
niki aufzuhalten, es sei denn, daß für später eine
Kooperation mit den in Salonika gelandeten Italienern ge-
plant wird. Offenbar befrüchten auch die Griechen etwas
Besseres, denn man sieht aus der großen Anzahl griechi-
scher Truppen, die in letzter Zeit Saloniki in der Richtung
nach Westen passiert haben, daß die Griechen einen Teil
 ihrer fünf bis sechs, Serres und Kavalla konzentrierten
Divisionen nach Cyprus transportieren.

Die Besetzung Korfu durch die Franzosen.

WTB. Athen, 12. Januar. (Agence Havas.) In einer
von den Befehlshabern der Alliierten geleitete der griechischen
Regierung übermittelte Note heißt es: Die Regierungen
der Alliierten hatten es für eine Pflicht der Menschlichkeit,
einen Teil der serbischen Armee auf einen der albanischen
Küsten bestmöglichen Punkt hinüberzuführen, um ihn vor
Hungersnot und Vernichtung zu bewahren. Die Alliierten
Regierungen erkannten, daß nur die Insel Korfu die not-
wendigen Möglichkeiten bietet. Griechenland wird sich nicht
der Ueberlieferung der Serben, seiner Verbündeten, wider-
setzen. Es hat nur kurze Zeit auf der Insel bleiben können. Es
handelt sich um keine Art von Besetzung, wofür alle Garan-
tien gegeben worden sind.

c. B. Frankfurt a. M., 13. Januar. Aus Athen meldet
man der „Frankf. Ztg.“ vom 11. Januar: Die Ausschiffung
der französischen Truppen in Korfu begann heute morgen
um 2 Uhr. Der Präfeld der Insel protestierte beim
Kommandanten gegen die Besetzung. Das Aufheben
wurde mit 100 Mann besetzt. Dort, im Hafen so-
wie in der Stadt wurden die französischen Fahnen gehißt.
Die griechische Regierung wurde offiziell von der Aus-
schiffung benachrichtigt. Man glaubt, daß Korfu der Mittel-
punkt der Verproviantierung und der Neuorganisation der
serbischen Armee werden wird. Der serbische Kronprinz wird
hier demnächst nach Korfu begeben.

Neue Russenschlappen in Bessarabien.

c. B. Aus dem L. u. K. Kriegssprekwarquartier, 13. Januar.
Am Dienstag fand erneute Massenangriffe der
Russen an der besarabischen Grenze nördlich des Pruth
zu manchen Orten. Nachdem der Feind schon früh-
morgens unsere Stellungen unter Artilleriefeuer ge-
nommen hatte, heftete er dessen Heftigkeit bald bis zum
äußersten, um konzentrischen Trommelfeuer. Nach dieser
gewaltigen Beschichtung schritt die russische Infanterie am
Nachmittag zum Angriff. Als der erste Ansturm abgewiesen
worden war, folgte der zweite, diesem ein dritter usw.
Unsere Infanterie, auf das allerwertvollste von ihrer Ver-
stärkung unterstützt, löste schließlich den Tod in die Feind-
lichen Reihen. Von 3 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends
brachen über sechs Anstürme des Feindes in sich zusammen,
durdurch von tiefgestellten Angriffsschlappen ausgeführt, die
in unserem Geschütz- und Kleinwaffenfeuer rückwärts ver-
dampften. Mehrere dreier operierten Angriffe endigten
mit voller Frucht der vorgeführten russischen Regimenter.
Die Verluste der Russen werden als außer-
gewöhnlich bezeichnet.

(Vergleiche auch Seite 3 des Hauptblattes.)

Finanzminister Dr. Lenke zum preussischen Haushaltsplan.

Die neuen Steuern.

Finanzminister Dr. Lenke: Zum zweiten Male sind wir genötigt, den Staatshaushalt unter Verhältnissen zu beraten, die weitab liegen von dem normalen Zustande. Der schwere, uns aufgedrungene Krieg ist noch nicht beendet. Nach wie vor stehen noch West und Ost, nach Süd und Nord unsere Truppen und unsere Flotte dem Feinde gegenüber und schüren den heimischen Haß. Trotz aller pompösen Antinöndigungen und Drohungen ist es den vereinten Anstrengungen Englands, Frankreichs und Russlands nicht gelungen, den Krieg auf unseren Heimatboden hinüberzuziehen und uns irgendeine Niederlage von Bedeutung beizubringen. Im Gegenteil, überall kämpfen wir in Feindesland, und unsere umgebundene Front im Westen, der Siegeszug gegen Ostland, der glänzende Feldzug gegen Serbien, die Großtaten unserer tapferen Verbündeten in den Alpen, auf dem Balkan und den türkischen Kriegsschauplätzen lassen allmählich das vom voreingenommenen Zuschauer es immer klarer werden, daß — woran wir nicht einen Augenblick zweifeln dürfen — uns und unseren Verbündeten die Palme des Sieges zufällt und unsere Gegner den Krieg endgültig verlieren werden, so geringlich sie auch die Welt durch ihre raffinierten Lügen zu täuschen suchen. (Beifall.) Leider ist aber kein Ende noch nicht abzusehen.

Es tobt nach wie vor die Opfer an Gut und Blut bis wir fesseln sind, und wir zu Hause sind es unseren tapferen Soldaten schuldig, daß wir sie durch unser Verhalten und geeignete Maßnahmen im Innern beim Niederrücken unserer Feinde unterstützen. (Lebhafte Beifall.)

Wie es gar nicht anders sein konnte, hat der Krieg auf das deutsche Wirtschaftsleben einen gewaltigen Einfluß ausgeübt. Wenn mehrere Millionen von erwerbstätigen Männern zu den Fronten gerufen werden und der Betrieb mit dem Auslande und namentlich mit Lieferern völlig abgebrochen ist, so kann das nicht ohne tiefgehende Rückwirkungen bleiben. Es hat sich aber gezeigt, daß wir Deutschen uns zu helfen wissen und uns die Höhe der Verluste, die uns in vorübergehender Verhältnisse zu schiden und ihrer Herr zu werden. An zahllosen Stellen sind unsere Frauen und unsere Töchter an die Stelle der Männer getreten und haben deren Arbeit übernommen.

Innere deutsche Frauen
Jeden Tag, das ist in der Stunde der Not auch noch vorhanden sind und tapfer in die Reihe tretend, wenn es notwendig ist zu handeln und zu helfen gilt. Voll Stolz und voll Dankbarkeit erkennen wir dieses an, sie haben sich der großen Zeit nach jeder Richtung hin würdig und gewachsen erwiesen. (Lebhafte Beifall.) Die veränderten Verhältnisse und der Wechsel vom Auslande zwangen unseren Handel und unsere Industrie, sich völlig neu zu orientieren. Während früher bei der Verschickung nach dem Auslande eine immer größere Rolle spielte, mußte jetzt alles auf den inländischen Markt abgestellt werden. Ferner wurden wir gezwungen, sehr viele Güter, die wir sonst aus dem Auslande zu erhalten gewohnt waren, nunmehr selbst herzustellen oder für sie einen Ersatz zu schaffen. Es war unsere Rettung, daß unsere

deutsche Industrie nach jeder Richtung hin leistungsfähig und den größten Aufgaben gewachsen

war und unsere deutsche Wissenschaft ihr zur Seite stand. In geradezu bewundernswürdiger Weise hat sich diese Reorientierung vollzogen. (Beifall.) Namentlich der Kriegsbedarf war dabei maßgebend. Was für den Krieg sich als notwendig erwies, mußte in Deutschland hergestellt werden, mochten es nun Waffen und Munition, Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke oder künstliche Dünger und künstliche Futtermittel sein. Ueberall mußte unsere Industrie einströmen und wo es Not tat, die erforderlichen Anlagen dazu schaffen. Was wäre aus uns geworden, wenn sie nicht imstande gewesen wäre, uns zu helfen? (Sehr richtig.) Wir konnten nicht, was unsere Feinde, die Hüfe der Amerikaner und Japaner für Waffen- und Munitionslieferungen in Anspruch nahmen, uns halb niemand, wir waren auf uns ganz allein gestellt und mußten uns selbst helfen. Dadurch haben wir aber auch viele 1000 Millionen Mark dem Lande erhalten, während unsere Feinde sie an das Ausland abgeben mußten. Die starken Leistungen auf die deutschen Kriegsanleihen sind der beste Beweis dafür, wie sehr jedes der deutschen Volkswirtschaft während des Krieges genützt hat. (Zustimmung.)

Die Neuordnung der Dinge konnte nicht ohne starke obrigkeitliche

Eingriffe in das Wirtschaftsleben

und die Wirksamkeit des Einzelnen konstatieren gehen. Was man früher nicht für möglich gehalten hätte, daß der freie Wettbewerb und das freie Spiel der Kräfte im Handel und Wandel ausgeschaltet oder eingeschränkt werden könnte, wurde unter dem harten Druck der Not zur Wirklichkeit. Die Festsetzung von Höchstpreisen, die obrigkeitliche Beschlagnahme und die Produktionsregelung und -verteilung mußte auf zahlreichen Gebieten durchgeführt werden. Nur das Wohl des Ganzen durfte die alleinige Richtschnur sein. Dieses trat namentlich auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung zutage. Unter dem Schutze der Wirtschaftspolitik des letzten Jahres muß unsere deutsche Landwirtschaft so erhardt und hatte sich so entwickelt, daß sie ganz unüberhältnismäßig höhere Ernten hervorbrachte, wie in den früheren Jahren. Dadurch verfügten wir bei Ausbruch des Krieges über eine Ernte in Brotgetreide, welche durchaus hinreichte, uns zu ernähren, wenn haushälterisch mit ihr umzugehen und diese richtig verteilt würde. Diese Verteilung griff beim Brotgetreide nach einigen Monaten ab. Dadurch ist die Brotversorgung Deutschlands für die Dauer des Krieges zu ernstigen Preisen gesichert. Die Eingriffe sind freilich nicht klein. Der Landwirt empfand es lange als Unbequemlichkeit und Härte, daß er über das von ihm gezeugene Getreide über seinen eigenen Lebensbedarf hinaus nicht frei verfügen und so zum Futteur für sein Vieh nicht verwenden durfte, und der Verbraucher mußte sich daran gewöhnen, daß er sich nicht mehr Brot in beliebiger Menge und Beschaffenheit, sondern in fest umgrenzten täglichen Rationen und der ihm dargebotenen Brotform zulegen konnte. Alles dies ging nicht ohne Reibungen ab; aber dieses ist überwinden, inzwischen hat sich Gottlob fast ein jeder an diesen Kriegszustand gewöhnt.

Auch der Kartellwesen ist im Besonderen der obrigkeitlichen Regulierung geworben. Da die Kartelle als leichter verwerfliche Ware nicht denselben Maßnahmen unterworfen werden konnte, wie das Getreide, hat man versucht, die Frage durch Festsetzung von Höchstpreisen und eine teilweise Verdrängung der Vorräte bei den Produzenten zu lösen. Diese Re-

gelung hat aber eine allseitige Befriedigung bisher noch nicht erzielt. Noch viel schwieriger gestaltete sich die Versorgungsfrage auf dem Gebiete der

Futtermittel.

Nachdem die ausländische Zufuhr aufhörte und der Bedarf für das Jahr ausgerechnet war, stellte sich eine fühlbare Knappheit an Kraftfuttermitteln ein. Es mußte daher auch hier zu einer Beschlagnahme und Verteilung geschritten werden. Dieses bedeutet für die ganze Landwirtschaft eine schwere Last und ein großes Opfer. Zahlreiche Landwirtschaften waren und sind noch heute dadurch genötigt, die von ihnen selbst gezeugenen Kraftfuttermittel an die Allgemeinheit zu sehr niedrigen Höchstpreisen abzugeben und das für die eigene Viehzucht erforderliche Kraftfutter zu höheren und kaum ersehiglichen Preisen zu kaufen. (Sehr richtig rechts.) Die Viehzucht wird hierdurch erschwert und verteuert und dieses hat dann zur Folge, daß nicht nur der Viehbestand verringert wird und dadurch die Fleisch-, Milch- und Butterproduktion zurückgeht, sondern auch die Preise für alle diese wichtigen Lebensmittel in ganz beträchtlichem Maße steigen.

Dieser schwierigen Lage gegenüber ist die Staatsregierung bemüht zu helfen, soweit sie es vermögen. Mit Hilfe des Reichs- und Preussens sind eine Reihe von Maßnahmen zur künftigen Vermeidung von einseitigen Futterkosten getroffen. Außerdem hat Preußen es unternommen, eine Verneuerung der Produktion von fetten Schweinen durch herbeizuführen, daß es die aus dem Auslande, namentlich aus Bulgarien und Rumänien bezogenen, teuren Futtermittel an Währungsgenossen und Währungsunternehmer zu möglichen Preisen gegen die Verpflichtung abgibt, mit ihrer Hilfe eine bestimmte Anzahl von Schweinen zu mästen und sie mit bestehendem Gewinn an bestimmte volkreiche Kommunalverbände nach unter dem Höchstpreise zu liefern, und den Unterschied der Kosten auf die Staatskasse übernimmt.

Das Februar ab sollen zunächst auf diese Werte 400 000 feste Schweine in monatlichen Lieferungen auf den Markt gebracht werden. Sobald wir noch mehr Kraftfutter aus dem Balkanländern erhalten, wird auch dieses in derselben Weise verwendet werden. Es liegt zu hoffen, daß wir die Futternaptheil mit ihren milden Folgen glücklich überwinden, sie wäre nicht so groß geworden, wenn unsere diesjährige Futterernte nicht in manchen Gegenden fast misserat wäre. Manche Verbitterung und manches Mißverständnis im Innern wäre uns erspart geblieben, wenn dies liberal berücksichtigt und erlitten worden wäre. Nicht etwa Wasser oder Sabuch auf Seiten der Landwirte und Händler, sondern die Futternaptheil und die Futterlieferung haben die Preise für Milch, Butter und Fett in die Höhe getrieben. (Sehr richtig rechts.) Beschränkt ist dieses allen nicht, auch dieses werden wir aushalten und überwinden; der Höhepunkt scheint bereits überschritten zu sein.

Auch die Industrie hat empfindliche Eingriffe erfahren müssen. Wo die Rohstoffe seltener wurden und nicht voll ergänzt werden konnten, mußte — wie bei den Lebens- und Futtermitteln — eine Beschlagnahme und obrigkeitliche Regelung der Produktion erfolgen. Namentlich die Textilindustrie, die Kupferverarbeitenden Industrien, die Brauereien, aber auch verschiedene andere Industrien sind davon betroffen. Auch hier gilt es, sich nach der Deute zu streiten und durchzuhalten bis zum Siege.

Der Haushaltsplan für das Jahr 1914

war noch zu einer Zeit aufgestellt, wo niemand von uns an einen Krieg dachte. Die Bedingungen des Krieges spielten sich deutlich in dem Ergebnis der Rechnung von 1914/15 wieder. Der günstige Abschluß des Voranschlags, der einen balanzierenden Etat unter gleichzeitiger Heberhebung von 79 Millionen Mark an den Ausgleichsfonds der Eisenbahnen vor sich, verwandelte sich in der Wirklichkeit in einen

Fehlbetrag von 116 Millionen Mark

beim Staatshaushalt und bei den Eisenbahnen in so hohe Mindererträge, daß nicht nur keine einzige Mark an den Ausgleichsfonds überwiesen werden konnte, sondern noch eine beträchtliche Summe aus ihm entnommen werden mußte, um die Rechnung der Eisenbahnen ins Gleichgewicht zu bringen.

Das Rechnungsergebnis beim Staatshaushalt ist im wesentlichen auf einen

starken Rückgang der Staatseinnahmen

zurückzuführen. Zwar sind auch verschiedene höhere Ausgaben nötig geworden, — allein für die Rückgänge aus Steuern mußten 16 Millionen Mark außerordentlich ausgegeben werden — sie sind aber durch Erparnisse und Zurückhaltung der Ausgaben an anderen Stellen mehr oder minder wieder ausgeglichen. Die Hauptursache liegt bei den Staatseinnahmen. Die gingen alle — und zum Teil ganz beträchtlich — zurück. Das gilt sowohl von den direkten und indirekten Steuern und den Gerichtslofen, wie von der Staatslotterie, der Bergverwaltung und den königlichen Forsten, sie alle haben große Mindererträge erlitten und sind auf diesem Tiefstande bis heute geblieben.

Eisenbahnen

ist das Minderertragnis durch verschiedene Gründe hervorgerufen. Die verschiedenen Strecken wurden wiederholt durch Militärtransporte gelteert; auch mußte ein beträchtlicher Teil der Lokomotiven und Wagen bauernd in den Dienst unseres Heeres gestellt werden. Ferner kam auch der Personalverehr ganz erheblich, und zu allem kam noch eine starke Verteuerung des Betriebes. Sie hat es verhindert, daß die Reineinnahmen, obgleich in den letzten Monaten des Wirtschaftsjahres der Güterverehr stark zugenommen hatte, wieder in die Höhe gingen. Die Mindererträge der Eisenbahnen sind jedoch nicht der Staatskasse zur Last gefallen. Da der Ausgleichsfonds über ausgleichende Mittel verfügte, konnten sie aus ihm gedeckt werden. Die Annäherung des Ausgleichsfonds hat sich dabei nach jeder Richtung hin bewährt und es ist bringend notwendig, daß wir ihn nach dem Krieg wieder auffüllen, sobald es geht. Doch ein anderer Teil der staatlichen Finanzpolitik bei den Eisenbahnen hat seine Feuerprobe bestanden. Wie oft ist die Finanzverwaltung besorgt und angegriffen, weil sie die Kapitalverwendungen für die bestehenden Bahnen nicht sämtlich auf die Anleihe übernehmen wollte, sondern darauf bestand, daß die Betriebseinnahmen der Eisenbahnen regelmäßig einen Teil davon zu tragen hätten. Wie oft ist ihr von den Gegnern dieser Politik vorgehalten worden, sie betriebe zum Schaden des Ver-

kehrs eine Heilbarungsapostroph, und es geht weit über jede Voraussetzungen hinaus, wenn solche Kapitalverwendungen nicht ganz auf die Anleihe vermieden würden.

In welche Lage würde der Staat jetzt während des Krieges geraten sein, wenn wir diesen Rückschlüssen gefolgt wären.

Nach der letzten Abrechnung vom 31. März 1915 beträgt unsere Eisenbahnkapital Schuld 8,2 Milliarden Mark, das statische Anlagekapital der Eisenbahnen 13,9 Milliarden Mark. Die Kapital Schuld ist also 5,7 Milliarden Mark geringer als das Anlagekapital. In dieser Differenz stecken 3,2 Milliarden Mark, welche die Ausgaben des Extraordinariums enthalten. Wenn wir diese 3,2 Milliarden Mark, wie es von uns verlangt wurde, auf die Anleihe vermieden hätten, dann würden heute für ihre Vergütung und Tilgung jährlich 150 Millionen Mark mehr an Schuldzinsen aufzubringen sein. Da hierfür weder die Einnahmen der Eisenbahnen noch des Staatshaushalts die erforderliche Deckung bieten, so würden die 150 Millionen Mark der Defizitlücke zuzuschreiben und dadurch Schuldzinsen mit neuen Schulden bezahlt.

Für die nächsten Jahre ist nicht damit zu rechnen, daß die Rückschlüsse sich günstig gestalten. Die jährlichen 150 Millionen Mark würden daher sehr bald zu einem neuen gewaltigen Schuldentapital anwachsen.

Die gegenwärtige Politik war wirtschaftlich nur durchführbar, wenn wir dauernd Frieden behalten hätten. In Kriegszeiten mußte sie verlagern, und daher hatte sich die Staatsregierung tunlichst gehütet. Ich habe es daher für ausgeschlossen, daß nach diesen Lehren und Erfahrungen die Staatsregierung jemals solchen Wünschen Gehör spenden kann.

Der Haushaltsplan für das laufende Wirtschaftsjahr 1915

ist schon während des Krieges aufgestellt worden. Es ist allerdings auch bei ihm von der Annahme ausgegangen, daß zu Zeiten seines Inkrafttretens friedliche Verhältnisse vorliegen würden, weil sonst gar keine Grundlagen vorhanden gewesen wären. Demgegenüber sind dem Voranschlag die Zahlen des Haushaltsplanes für 1914 im wesentlichen zugrunde gelegt, jedoch zugleich alle Einnahmeveränderungen und Ausgabeänderungen, die bereits bekannt waren, in Erwägung gebracht. Außerdem waren Erparnisse vorgezogen, wo es nun eben möglich war. Dadurch war es ermöglicht, dem Ernste der Lage Rechnung zu tragen und den Voranschlag ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Wirtschaft ist bis hierher aber ganz anders verlaufen. Der Frieden ist weder am 1. April noch bis heute eingetreten und der Krieg tobt weiter mit allen seinen Folgen. Wie im Jahre 1914 sind auch

in Jahre 1915 aus neuen Gründen die gesamten staatlichen Einnahmequellen in ihrem Ertrage bis jetzt erheblich zurückgefallen,

und es hat nicht den Anschein, als ob es bis zum Ende des Jahres anders sein würde.

Außerdem sind verschiedene Ausgaben gestiegen. So erwies es sich wegen der hohen Preise für alle Lebensbedürfnisse als notwendig, den Beamten, Lehrern und höheren Lohnangestellten mit einem Dienstentlohn von nicht mehr als 1100 Mark ausschließlich des Wohnungsgeldes und der Mietentschädigung, sowie für Kinder beizugehen, Weisungen zu gewähren. Die Staatsregierung ging dabei von der Erwägung aus, daß die unerschwerteren Verjonen und die mindereligen Familien trotz der Preissteigerung mit ihren Bezügen noch auszukommen vermöchten, daß aber der wirtschaftliche Druck mit der Zahl der vorhandenen Kinder stetig. Im übrigen wird auf die Unterstützungsfonds zurückgegriffen, die um deswillen, weil viele Bezüge zum Heere eingezogen sind, für die Zurückgebliebenen sehr gut ausreichen. Die übrigen Lohnangestellten sind liberal den tatsächlichen Bedürfnissen entsprechend festgesetzt.

Auch bei den Eisenbahnen hat sich gegenüber dem Jahre 1914 nichts geändert. Wir müssen daher damit rechnen, daß auch das Rechnungsjahr 1915 mit einem Fehlbetrag abschließen wird.

Für das vor uns liegende Jahr 1916

ist der Haushaltsplan in derselben Weise und nach denselben Grundrissen wie für das Jahr 1915 aufgestellt worden. Auch er ist ein loganarrter Friedensetat, nur ist er noch parianer und mit noch größerer Zurückhaltung bereinet wie der Haushaltsplan für 1915. Der Leistung aller Lebensbedürfnisse ist trotzdem Rechnung getragen. Die Unterstützungsfonds für die pensionierten Beamten und ihre Hinterbliebenen sind um 1/2 Millionen Mark erhöht worden. Es ist zu hoffen, daß es mit Hilfe dieses Betrages gelingen wird, der vorhandenen Not zu steuern.

Der erhöhte Bedarf an Schuldzinsen ist berücksichtigt, ebenso ist damit gerechnet, daß der Ertrag der direkten Steuern weiterhin um 10 Millionen Mark zurückgeht. Der Etat balanzieren in sich ohne eine Defizitlücke vorzugehen, mit 4 810 431 641 Mark also mit 5 932 288 Mark weniger wie im Vorjahre. Nichtsdestoweniger ist nicht damit zu rechnen, daß auch die Wirtschaft zu ausklagen wird, selbst wenn wir tatsächlich wieder Frieden haben sollten. Auch die Staatswirtschaft wird lange Zeit brauchen, ehe sie sich wieder im Gleichgewicht befinden wird. Diese Erkenntnis nötigt die Staatsregierung dazu, den Fehlbetrag in den Rechnungen der Jahre 1914 und 1915 gegenüber sich anders zu verhalten wie sonst. Wäher sind Fehlerrträge in der Jahresrechnung immer auf Defizitlücken übernommen worden, weil die regelmäßig sich darauf einstellenden Jahre des Ueberflusses immer wieder Gelegenheit bieten, durch außerordentliche Schuldentilgung die Defizitlücken ganz oder zum größeren Teile wieder zu schließen. Dieses Verfahren führt in hute nicht anwendbar. Mit dem Defizit des Jahres 1914 von 116 Millionen Mark könnte man sich zur Not noch abfinden. Wenn dazu aber in dem nächsten Jahre noch ein Fehlbetrag hinzukommt, und die Reihe der darauffolgenden Fehlerrträge gar nicht abzuhelfen ist, dann wird die Anleihe Summe so hoch, daß sie durch spätere Ueberflüsse nicht aneinander wieder abgezoffen werden kann. Das ist ein unmöglicher Zustand. Denn wenn auch unsere Staatsfinanzen während des Krieges bewiesen haben, daß sie durchaus gesund sind, und zur Not einen Stoß vertragen können, so könnte ein solcher Stoß doch verhängnisvoll werden, wenn er nicht abgedrängt wird, soweit es eben geht.

Das Eisenministerium hat sich daher entschlossen, schon während des Krieges eine Verkleinerung des Fehlerrtrages eine Erhöhung der Einnahmen um 100 Millionen Mark durch eine stärkere Anspannung der direkten Steuern im Wege einer

Kriegssteuer Verhältnisse.

Der Entschluß hierzu ist ihr nicht ganz leicht geworden, da die Kriegssteuer für einen jeden schon Laufen genug bringt. Aber die Welt magt getriebener doch. Auch England hat sich bei allen Kriegen, die es geführt hat, niemals geteilt, die Gehaltsbeiträge der Staatsfinanzen durch neue Steuern während des Krieges aufrechtzuerhalten. Dies hat sich, wie die Geschichte lehrt, stets gelohnt. Hierin können wir auch von unserm Feinde lernen, der Lage der Verhältnisse nach ist es ausgeschlossen, während des Krieges an eine Neuordnung unserer direkten Steuern und ihrer Befehle heranzugehen. Es kann nur ein Kriegssteuergesetz in Frage kommen, bei dem lediglich die allernotwendigsten Bestimmungen getroffen werden. Für die vielen materiellen Sorgenfragen ist dabei kein Raum. Sie müssen der Neuordnung der Steuererlasse nach dem Kriege, die ganz unvermeidlich ist, vorbehalten bleiben. Von diesem Gesichtspunkte aus ist das ihnen zugleich überreiche Steuersteuergesetz aufgestellt. Das Gesetz soll nur für die Dauer des Krieges gelten und mit dem ersten Friedensstille nach dem Friedensschluß mit den Großmächten von selbst außer Kraft treten. Bedinglich die Steuerzuschläge sind erhöht, sonst sind alle Bestimmungen unverändert geblieben.

Die neuen Steuerzuschläge sind so aufgestellt, daß bei den niedrigsten Einkommens bis zu 2400 Mark die Steuerzuschläge der Woche von 1909 beibehalten werden und von hier ab bis an ihre Stelle progressiv steigende höhere Zuschläge treten, die bei physischen Personen bei Einkommen von 2400 Mark 8 Prozent und bei Einkommen von 100 000 Mark und mehr 100 Prozent des ursprünglichen Steuerfußes ausmachen. Von den letztgenannten Einkommen ist also, da die ursprüngliche Höchststeuer 4 Prozent des Einkommens betrug, eine Steuer von 8 Prozent zu entrichten. Die Freistellung der Einkommensteuer unter 2400 Mark von der Erhöhung der Zuschläge entspricht der heutigen abnormen Teuerung der Lebensbedürfnisse.

Die Steuerzuschläge für die Gesellschaften mit beschränkter Haftung und für die Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften und Bergesellschaften sind gleichfalls erhöht. Dabei ist das bisherige Prinzip, daß die Befreiung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung die Höhe der Steuern soll zwischen den Steuerpflichtigen der physischen Personen und der Aktiengesellschaften, aufrechterhalten worden. Demnach beträgt die Besteuerung der Einkommen von 100 000 Mark und höher bei den Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf etwa 9 Prozent und bei den Aktiengesellschaften auf 10,4 Prozent des Einkommens.

Bei der Ergänzungsteuer ist der bisherige Zuschlag verdoppelt. Die Steuer beträgt fortan nicht mehr 66, sondern 60 Pfennig pro 1000 Mark Vermögen. Eine härtere oder anders geartete Anspannung war unmöglich. Eine Neuveranlagung ist heute ganz undurchführbar, weil das Beamtenpersonal und auch die Veranlagungskommissionen selbst durch Entberung zum Heere zu stark gelichtet sind. Uebrigens bedeutet eine Ergänzungsteuer von 30 Pfennig pro Tausend, wenn ein Vermögen mit 4 Prozent verzinnt, eine Besteuerung des Einkommens aus dem Vermögen mit 2 Prozent des Einkommens; diese sind überall noch neben der Einkommensteuer zu entrichten. Ich möchte das hohe Jaus bitten, dem Gehelntum eine wohlwollende Prüfung göttlich werden zu lassen, und ihm zuzustimmen. Wie im vorigen Jahre, so hat es sich auch in diesem Jahre als notwendig erwiesen, der Staatsregierung im Einklang die Möglichkeit zu gewähren, durch

Begebung von Schatzanweisungen

die zur Befriedigung der Ausgaben erforderlichen Mittel zu beschaffen. Da die Aufnahme festverzinslicher Anleihen für die ganze Kriegsdauer dem Reiche vorbehalten bleiben muß, so ist die Bundesbank bis auf weiteres lediglich auf den kurzfristigen Schatzanweisungscredit angewiesen und bis zum Ende des laufenden Jahres werden voraussichtlich Schatzanweisungen in der bisher um Landtage gemäßigten Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark begeben worden sein. Die Ermächtigung zum Höherem weiter ausgedehnt werden und empfiehlt sich, auf Begebung von Schatzanweisungen bis zu 3 Milliarden Mark zu erlauben.

Zu den nicht im Etat erwähnten besonderen großen Ausgaben bemerke ich kurz folgendes:

Die Zuschüsse für die Gemeinden

zu ihren Ausgaben auf dem Gebiete der Kriegswirtschaftsleistungen haben weit höhere Mittel erforderlich, als ursprünglich angenommen worden ist. Es liegt im Interesse des Staates, daß die Gemeinden in der Kriegswirtschaftsleistung nicht nachlassen und erlahmen. Im vorigen Jahre waren zum Landtage zu diesem Zwecke 110 Millionen Mark zur Verfügung gestellt; es sind daraus 116 Millionen Gemeinden — allerdings abgetun nach der Bedürftigkeit und dem Umfange der Leistungen — beihilfen bis zu einem Drittel ihrer Aufwendungen gewährt worden. Dieser Kredit ist auch erfüllt, um es wird deshalb ein weiterer Betrag von 110 Millionen Mark von ihnen erbeten. Ich bitte Sie, auch diesem Gesuch meine Zustimmung zu erteilen.

Die Provinz

ist im vorigen Jahre recht viel geschehen, und noch weit mehr steht uns zu tun bevor. Solange das Reichsgesetz über die Erstattung der Kriegsschäden aus Mitteln des Reiches noch nicht ergangen ist, müssen die Aufwendungen für Kriegsschaden vorzugsweise aus der preussischen Staatskasse bestritten werden. Diese betragen bisher schon über 250 Millionen Mark. Der im Oktober 1914 als zunächst notwendig veranschlagte Betrag von 400 Millionen Mark ist damit fast erreicht. Einzelne dieser Mittel sind infolge des Rückensalles geflohenen Ostpreußen inzwischen zum größten Teil zur Verfügung gekommen und haben entschlossenen Hand angelegt. Während ihrer Flucht sind sie zum allergrößten Teil auf Staatsböden in anderen Gebieten von Deutschland untergebracht und verpflegt worden. Bis Ende November sind hierüber 22 Millionen Mark zur Anweisung gelangt. Nur etwa 5000 Personen — Erwachsene und Kinder — werden derzeit noch auswärts unterhalten. Wenn auch die diesjährige Ernte in Ostpreußen nicht mit der Ernte früherer Jahre verglichen werden kann und fast unter der Unquart der Witterung zu leiden hatte, so waren doch weit mehr Hecker bestellt, wie nach dem schweren Schicksal der Provinz zu erwarten gewesen wäre. Selbst die letzten Hecker, die bis zum Februar 1915 in der Hand des Feindes waren, sind zum größten Teil im Frühjahr ordnungsgemäß befreit worden. Die vom Staate hierzu zur Verfügung gestellten Prämien sind den gegen 30 Millionen Tons haben sich in dieser Hinsicht als ganz besonders nützlich erwiesen.

Mit der Befreiung und Abschaffung der Kriegsschäden ist überall vorgegangen und die verschiedenen Bestimmungen sind bereits in der öffentlichen Betätigung zur Ausübung gelangt. Ferner ist auch mit dem

Wiederaufbau der zerstörten Baulichkeiten in allen Teilen der Provinz begonnen; auch sind sämtliche Maßnahmen getroffen, um im Frühjahr die Wiederaufbauarbeiten in großem Umfange fortzuführen. Somit sind alle Vorbereitungen gegeben, daß die zerstörten Teile Ostpreußens aus Schutz und Pflege neu entstehen, und ich hoffe zu Gott, daß die vielgeprüfte Provinz, welche so schwer heimgegriffen ist, einer schönen und glänzenden Zukunft entgegensteht. (Beifall)

Einige oft- und häufige Inseln erforderten ebenfalls eine heftige Intervention, weil im Interesse der Landesverteidigung der Badebetrieb für die Dauer des Krieges unterlag wurde.

Der innere Kolonisation

wird ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Trotz der bedrängten Finanzlage ist nicht nur der im Etat des Landwirtschaftsministeriums ausgedrückt Fonds vergrößert, sondern es wird ihnen auch ein besonderes Budget zugehen, welches den Kredit des Staates für 3 Millionen erhöht. Bei der Erstattung von Kontingenten auf 100 Millionen Mark erhöht. Ferner ist der Ostpreussische Landgesellschaft, die unter den heutigen Verhältnissen ohne wesentliche Staatsunterstützung Etablissements nicht kaufen kann, ein zinsfreier Zuschuß zugesichert worden.

Die zur Verarmung durch Moos- und Heideflächen ausgesprochenen Tätigkeiten ist wesentlich erweitert und verstärkt worden. Eine große Zahl von Kultivierungen ist zurzeit in Angriff genommen und in der Durchführung begriffen.

Eine sehr wichtige Aufgabe ist auch die Fürsorge für die aus dem Felde heimkehrenden Krieger des Mittelstandes,

welche durch die Einberufung zum Heere ihre bisherige Existenz verloren haben. Da hierbei die Hilfe und Mitarbeit der Selbstverwaltungsgremien nicht entbehrt werden kann, soll die Durchführung in die Hand der Provinzen und Kreise gelegt werden und der Staat sich mit Geldbeiträgen beteiligen. Die Rheinprovinz hat dementsprechend diese Aufgabe schon auf dieser Grundlage übernommen und wird eine besondere Kriegshilfskasse gründen, zu welcher der Staat 3 Millionen Mark beisteuert. Ich zweifle nicht daran, daß die anderen Provinzen diesem Beispiele bald folgen werden. Nur die zahlreichen gemeinnützigen Gesellschaften, an denen sich der Staat im Besonderen beteiligt hat und die von ihm im Bereich mit dem Reiche gegründet sind, gehen nicht mehr ein. Sie sind alle bestimmt, die Durchführung des Krieges im Innern zu ermöglichen und zu erleichtern. Ich brauche nur einige Namen wie die Reichsgesetzstelle, die Reichsfuttermittelfelle, den Reichseinkauf und die Reichs-Kraftstoffstelle zu nennen, um ersichtlich zu machen, nach welcher Richtung hin der Staat sich hier betätigt. Damit komme ich zu dem Schluß:

Das Gesamtbild hat ergeben, daß der Krieg die preussischen Staatsfinanzen nicht nur erheblich in Mitleidenhaft gezogen hat. Wir sind dadurch genötigt, durch eine Kriegsteurer erhöhte Anforderungen an die Steuerleistung des Landes zu stellen und unsere Staatsausgaben auf einen sehr bedeutenden Fuß heraufzusetzen. Mit der Gewohnheit des letzten Jahres, den Staatsausgaben beschränkt und reichlich auszufallen, müssen wir künftig brechen und zu der alten sprichwörtlichen Sparsamkeit zurückkehren, bei der jeder Pfennig dreimal umgedreht werden muß, ehe wir ihn ausgeben. Die Hauptfrage ist, daß unsere Finanzen gesund bleiben und der Krieg gewinnen und unserer Feinde Herr werden. Diesem großen Ziele gegenüber ist alles gering. Gewiß, der Krieg ist heute mehr fühlbar im inneren Lande wie vor einem Jahre; unsere Vorräte sind knapper und die Lebensbedürfnisse teurer geworden. Aber was wollen diese Tatsachen belegen? (Beifall) Was der Krieg von uns, die wir zu Hause geblieben sind, verlangt, sind letzten Endes doch nur Entzählungen und Entschörungen im persönlichen Leben. Unsere Truppen in der Front sehen täglich und stündlich ihre Gesundheit und ihr Leben zu unserem Schutze der Gefahr aus, und da sollen wir noch nicht einmal so viel über uns vermag, ohne Murren und ohne Klagen unsere Lebensgewohnheiten zu ändern und einiges zu entbehren, an das wir uns gewöhnt haben? (Beifall) Das ist unsere Teilnahme am Kriege, daß wir uns verlagern, was zu verlagern notwendig ist. Wollten doch alle, die sich darüber beschwerten und klagen, sich stets vor Augen halten, was sie aussetzen und ertragen müßten und was ihr Los sein würde, wenn der Feind zu uns ins Land gekommen wäre. Die künftigen Schicksal der armen Ostpreußen zeigen doch deutlich, was ihnen beschiden gewesen wäre. Glaubt schnell werden sie sich dann befehren und einsehen, wie gut es ist, es doch noch zu haben und daß solchen Schicksale gegenüber die ganze Anspannung und Teuerung, so unangenehm sie ist, rein gar nichts bedeutet.

Erst das Vaterland, dann noch einmal das Vaterland und noch einmal das Vaterland

und ganz zum Schluß erst der einzelne. So halten es unsere Soldaten vorn in der Front, und so wollen wir es auch halten. (Beifall)

Die Hoffnungen unserer Feinde, mit denen sie sich jetzt selbst Mut zu machen und ihre hangen Zweifel zu unterdrücken suchen, halten vor der Wirklichkeit nicht stand. Wenn die feindlichen Regierungen ihren Ländern und dem Auslande jetzt vorzuspiegeln versuchen, wir würden uns heute trotz aller Erfolge geschlagen und befeht, wir seien müde geworden und abgeneigt, noch weiter zu kämpfen, und könnten die Last des Krieges nicht mehr tragen, so lassen wir uns an den Kopf, wenn wir das lesen; das ist doch alles eitel Lug und Trug. Wer von uns denkt daran, an dem Siege und der Möglichkeit der Fortsetzung des Krieges zu verzweifeln? Wir sind ja gesegnet wie wir je und auch

entschlossen, den Krieg fortzuführen und alles zu tragen, bis sich unsere Feinde zu einem Frieden bequemen, der uns die dauernde Sicherheit dafür bietet, daß sie uns nicht noch einmal so überfallen können wie vor 1 1/2 Jahren.

Die Tage sind noch ernst, und manches Blut muß noch fließen, bis wir so weit sind; aber wir werden es erreichen! Unser altes Preußen hat im Laufe der Jahrhunderte schon mehrmals bitterböse Zeiten durchgemacht und um sein Leben gekämpft, und hat doch letzten Endes geiegt. Sollte es jetzt, wo das ganze Deutschland um sein Leben und seine Ehre kämpft, etwa anders sein? Tun wir nur weiter getreulich unsere Pflicht und vertrauen auf Gott, dann wird uns auch die Welt von Feinden nicht unterliegen und überwinden! (Allgemeiner fürmtlicher Beifall.)

Belagerung der U-Bootfrage?

New York, 12. Januar. (Durch Funkpruch vom Vertreter des WTB.) Die Aussehen auf eine baldige und endgültige Belagerung der ganzen Unterseeboot-Streitkräfte werden große Genugtuung in der Presse und den amtlichen Kreisen.

„New York Times“ sagen, in dem diplomatischen Meinungsaustausch mit England würden Präsident Wilson und Lansing genau von demselben Geiste geleitet wie in ihrem Streit mit Deutschland, nämlich, daß es ihre Pflicht ist, die Rechte der Neutralen zu vertheidigen.

Eine Depesche der „New York World“ aus Washington stellt fest, daß Lansing die härteste Note, die je geschrieben worden sei, über die Behandlung des amerikanischen Handels nach London senden werde. In den Kreisen der Regierung gewinnt die Ansicht schnell an Boden, daß, wenn die Unterseeboot-Angelegenheit endgültig beigelegt sein werde, der Kongreß auf einen Vorgehen bestehen werde, welches England dazu zwingt, auf die amerikanischen Forderungen einzugehen.

Die Verdienste des Grafen Bernstorff.

Newport, 13. Januar. (Durch Funkpruch vom Vertreter von Wolffs telegraphischem Bureau.) Die Zeitung „World“ sagt in ihrem Leitartikel: Kein anderer ausländischer Botschafter in den Vereinigten Staaten ist jemals so freigelegt und unterschiedslos beschimpft worden wie der deutsche Botschafter Graf Bernstorff. Den überzeugtesten Parteigängern der Allierten bedeutet allein schon seine Anwesenheit eine unverzeihliche Beleidigung. Wenn jetzt der Streit wegen der Unterseeboote, der uns hart an den Rand eines Krieges mit Deutschland gebracht hat, schließlich entschieden werden, die Vorkämpfer der Neutralen belagert wird, so wie sie Präsident Wilson aufgestellt hat, so haben wir die Belagerung des Streites dem Grafen Bernstorff, seiner Staatsmännischen Kunst, seiner Voraussicht und seinem großen moralischen Werte. Es ist leicht für Amerikaner mit jeder Zunge, einen Botschafter anzugreifen, dessen Regierung qualitätsweise nicht vollkommen ist, aber die Erwägungen der gewöhnlichsten Menschlichkeit raten zu einer besseren Behandlung, als sie dem Grafen Bernstorff von einem gewissen Teile der amerikanischen Presse und des amerikanischen Publikums zuteil geworden ist.

Vermischte Kriegsnachrichten.

Deutsche Auszeichnung für Enver Pascha und Liman von Sanders.

Kaiser Wilhelm richtete, wie die „Frank. Ztg.“ meldet, an Enver Pascha anlässlich der Säuberung der Halbinsel Gallipoli ein warmes Glückwunschkommuniqué, in dem er für alle Zeiten die dankwürdigen Leistungen der osmanischen Armee hervorhebt. Der Kaiser verlieh Enver Pascha und dem Oberkommandierenden der Dardanellen, Liman von Sanders, das Ehrenkreuz des Ordens Pour le mérite.

Zum „Ring Edward“-Fall.

WTB, London, 12. Januar. „Daily News“ melden über den Untergang des Schlachtschiffes „Ring Edward“ es sei um 11 Uhr 45 Min. vormittags auf eine Mine gelassen und um 7 Uhr 45 Min. abends gesunken. Die dröhnlichsten Meldungen riefen einige Zeitschriften herbei, die das Schicksal im Eifer ausnahmen. Nachmittags wurde das Wetter schrecklich, und die Kräfte rissen. Die Mannschaft rettete sich in die Boote und auf die Rettung.

Großfürst Nikolaus leitete der russischen Operationen in Persien.

E. B. von den russischen Genes, 12. Januar. „Monopol“ meldet aus Teheran, daß die Kämpfe in Persien abgebaut. Die russischen Truppen sind unter dem Befehl des Generals Barajakow gestellt worden, während der eigentliche Oberbefehl in den Händen des Großfürsten Nikolaus Romanowitsch liegt. General Tanuschewitsch als Chef des Generalstabes für den persischen asiatischen Feldzug Ruflands verantwortlich ist. Die Seele des persischen Widerstandes befindet sich zurzeit in Tspahan. — Um den Sanitätsdienst im persischen Heere zu regeln, wurde dieser Tage vom persischen Nationalverteidigungskomitee eine Sanitätsabteilung geschaffen, die die Bezeichnung „Note Sonne“ führt. Die „Note Sonne“ wird ausschließlich an das „Note Kreuz“ suchen und sich an sämtliche internationale Abmachungen dieses Instituts halten. Als Leiter der „Note Sonne“ wurde der Sanitätschef des Ring-Sardar-Pascha ernannt.

Der Kronprinz als Kriegsgast.

Bei dem neunten Sohne des Eigentümers Theodor Sautro in Weetmin bei Ralshar hat der Kronprinz Pensionelle übernommen und dem kleinen Töchterchen ein Gedächtnis überreichen lassen. — Bei dem lebenden Sohne übernahm vor drei Jahren der Kaiser die Pension.

Letzte Depeschen.

Die Dienstpflicht-Bill in zweiter Lesung angenommen.

WTB, London, 13. Januar. Die Dienstpflichtvorlage wurde gestern in zweiter Lesung mit 431 gegen 39 Stimmen angenommen. Die drei Vertreter der Arbeiterpartei im Ministerium, Henderson, Grace und Roberts haben ihre Demission zurückgezogen.

Nach Rom gelöhnt.

WTB, Bern, 13. Januar. Römische Blätter melden die Ankunft des Prinzen Danilo und der Prinzessin Lenta von Montenegro in Rom. Das Gerücht von der Ankunft König Viktors in Italien wird nicht bestätigt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dax; für den amtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Siegfried Dax; für Unterhaltungsblätter und Lesbriefe: Hans Kautler; für den Anzeigen-Teil: Siegfried Dax; Druck und Verlag von Otto Hendel, Stuttgart in Halle a. S.

